

Demografie und mehr Bildung

CDU und Grüne im Kreistag unterzeichnen einen Koalitionsvertrag

Kreis Düren. Mehr Klimaschutz, mehr Politik für alle Generationen, mehr Bildung, mehr Wirtschafts- und Tourismusförderung – das alles bei gleichbleibender Kreisumlage, die mittelfristig sogar sinken soll. „Wir haben ambitionierte Ziele“, sind sich der CDU-Vorsitzende Thomas Rachel (MdB) und sein grüner Amtskollege Oliver Krischer (MdB) einig. CDU und Grüne wollen diese Themen in den nächsten sechs Jahren in Angriff nehmen. Einen Koalitionsvertrag haben Vertreter der Parteien gestern unterschrieben. Rachel sprach von „freundschaftlichen Gesprächen“, Krischer sagte, dass diese Koalition „keine Selbstverständlichkeit“ sei. Die Gespräche hätten aber gezeigt, dass es viele Überschneidungen und damit ein Fundament für eine „stabile Mehrheit“ gebe. Eine Einschätzung, die die Mitglieder der Parteien bestätigt haben. Krischer: „Es gibt keine schwarzen oder grünen Passagen im Koalitionsvertrag. Wir wollen den Kreis nach vorne bringen.“

Verkehrspolitik

Beispielsweise in der Verkehrspolitik. Mit einem neuen Nahverkehrsplan soll der ÖPNV schneller und effizienter werden. Auch die Reaktivierung der Bördebahn und der Lückenschluss Linnich/Baal genießen Priorität. Straßenbauprojekte



Thomas Rachel (vorne links) und Oliver Krischer präsentieren den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen. Flankiert werden sie von Karl Schavier, Landrat Wolfgang Spelthahn, Astrid Hohn und Bruno Voß (v.l.). Foto: sj

sollen auf ihren Bedarf hin untersucht werden. Für die K29n durch die Ruraue sollen Alternativen gesucht werden, wie die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. In der Bildungs- und Sozialpolitik möchte die Koalition bewährte Projekte fortsetzen. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sollen ausgebaut werden. Eine weitere finanzielle Entlastung soll eine verbesserte Vermittlung von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt bringen. Das kommunale Integrationszentrum hat den Auftrag, die Fachämter für Bildung, Soziales und Prävention zu vernetzen. Auch bei der Wirtschaftsförderung könne die Vernetzung von Unternehmen, Forschungseinrichtun-

gen und Unis noch ausgebaut werden. In einem Bürgergremium, an dem sich alle Fraktionen beteiligen, sollen sich Bürger an Planungen und Entscheidungen des Kreises beteiligen sowie Anregungen und Beschwerden vorbringen. Auch die Stelle eines Demografiebeauftragten soll besetzt werden.

Auf Nachfrage äußerten sich die Koalitionäre auch zu der Frage der Stellvertreter von Landrat Wolfgang Spelthahn. Die CDU werde auf den Posten des 1. Stellvertreters verzichten. Dieser gehe an die Grünen, die SPD hat Anrecht auf den 2. Stellvertreterposten. Dafür stelle die CDU aber den 3. Stellvertreter. Ein Amt, das neu eingerichtet werden müsste. (sj)

 DRUCKEN  SCHLIESSEN